



Medienmitteilung des überparteilichen Komitees gegen die "Anti-Chaoten-Initiative" und den Gegenvorschlag

9. Februar 2024

Regierung präsentiert horrende Geldstrafen für Demonstrierende!

An der Medienkonferenz vom 7. Februar hat Sicherheitsdirektor Mario Fehr bereits vor der Abstimmung einen Gesetzestext zur geplanten Umsetzung des Gegenvorschlages zur "Anti-Chaoten-Initiative" präsentiert.

Dieses unübliche Vorgehen im demokratischen Prozess offenbart die beunruhigenden Pläne der Regierung: Die Demonstrationsfreiheit soll enorm eingeschränkt werden.

Auch friedlichen Demonstrierenden drohen horrende Kosten – nicht einmal eine Obergrenze für die Kostenübertragung ist vorgesehen. Möglich sind Kostenbeteiligungen in uneingeschränkter Höhe. Damit hätte Zürich die schweizweit schärfste Regelung im Polizeigesetz.

Das zeigt nochmals in aller Deutlichkeit: Die Anti-Chaoten-Initiative und auch der Gegenvorschlag schwächen unsere Demokratie. Abgeschreckt werden nicht Gewalttäter:innen, sondern alle Menschen, die an öffentlichen Versammlungen friedlich ihre Meinung kundtun wollen. Die Ausübung von demokratischen Grundrechten darf kein Preisschild haben!

Für den Schutz der Demokratie gegen Kollektivstrafen und Einschüchterung braucht es am 3. März ein doppeltes Nein zu Initiative und Gegenvorschlag.

Auskünfte

- Leandra Columberg, Kantonsrätin SP (+41 78 683 61 47)
- Silvia Rigoni, Kantonsrätin Grüne (+41 79 749 10 54)
- Lisa Letnansky, Kantonsrätin AL (+41 79 508 17 13)
- Björn Resener, politischer Sekretär GBKZ (+41 76 336 32 36)